

Stellungnahme des obds zu Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe durch das Land Salzburg

Anfang Februar erhielten Trägervereine von Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen in Salzburg einen Brief von Soziallandesrat Ing. Christian Pewny, in welchem die Einrichtungen darüber informiert wurden, dass die Tagsätze um 2% angehoben werden – obwohl die Berechnungen des Landes selbst von einer Kostensteigerung von 3,86% ausgehen. Durch die unterhalb der Kostensteigerungsgrenze liegende Erhöhung der Tagessätze soll nach Auskunft des Landes 1 Million Euro im Jahr eingespart werden.

Diese geplanten Einsparungen des Landes in der Kinder- und Jugendhilfe sind dramatisch. Sie haben unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit von Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen sowie auf die betreuten Kinder und Jugendlichen. Die Einsparung führt zu einer drastischen Unterfinanzierung der Trägervereine, da die steigenden Kosten, vor allem im Bereich der Personalkosten, nicht kompensiert werden können. Die Trägervereine sind verpflichtet, entsprechend dem Kollektivvertrag für die Sozialwirtschaft zu entlohnen, der 2025 eine Lohnerhöhung von 4% für alle Beschäftigten vorsieht. Durch die Erhöhung der Tagsätze um 2% werden weder die Lohnkosten noch eine Inflationsanpassung im Bereich des Sachaufwands abgegolten.

Die Kürzungen betreffen die betreuten Kinder und Jugendlichen gleich doppelt: Es soll einerseits am Fachpersonal gespart werden, andererseits auch bei der allgemeinen Versorgung der Kinder und Jugendlichen. Die inflationsbedingten Kostensteigerungen für Lebensmittel, Heizkosten, pädagogische Ausgaben und vieles mehr, können nicht durch die Erhöhung um 2% abgedeckt werden. Wichtige pädagogische Projekte, Ausflüge und individuelle Förderungen können nicht mehr angeboten werden, was zu einer Reduzierung der Qualität und Unterstützung für die Kinder und Jugendlichen führt.

Fachkräfte sind unerlässlich, um den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen aus schwierigen Lebensverhältnissen gerecht zu werden. Laut dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und der Wohnformen-Verordnung des Landes Salzburg müssen diese Fachkräfte gut ausgebildet und persönlich geeignet sein, um eine optimale Betreuung zu gewährleisten. Die geplanten Kürzungen verhindern die dringend notwendige Aufstockung des Personals bzw.

das Einstellen qualifizierter Fachkräfte. Es besteht die Befürchtung, dass sich diese Maßnahmen negativ auf die Qualität der Betreuung und den Erfolg der Hilfe auswirken.

Aufgrund des Fachkräftebedarfs (Sozialarbeiter*innen bzw. Sozialpädagog*innen zählen zu den Mangelberufen) werden an der Fachhochschule Salzburg die Studienplätze für Ausbildungen in Sozialer Arbeit aufgestockt. In ganz Österreich sind viele Stellen ausgeschrieben und Absolvent*innen haben die Wahl zwischen verschiedenen Arbeitsfeldern. Entscheidungsleitend sind dabei nicht nur die Arbeitsinhalte, sondern auch die Arbeitsbedingungen und selbstverständlich die Entlohnung. Es darf daher nicht überraschen, wenn die nun geplanten Kürzungen sich auch kontraproduktiv hinsichtlich einer Besetzung offener Stellen auswirkt.

Kinder- und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Kinder- und Jugendhilfe liegt in der Kompetenz der Bundesländer. Das Land Salzburg hat daher die Verpflichtung, die erforderliche Obsorge für Kinder und Jugendliche sicherzustellen, die nicht im Familienverband verbleiben können und deshalb in familienähnlichen Wohnformen leben. Dafür müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die eine qualitativ hochwertige Betreuung und Unterstützung entsprechend der landesgesetzlichen Regelungen gewährleisten. Maßnahmen, die zur Verringerung der Notwendigkeit von Fremdunterbringungen – und damit zu einer Kostenersparnis im Bereich der Vollen Erziehung führen – sind der Ausbau präventiver und ambulanter sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Unterstützungsangebote wie z.B. Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Familienhilfe. Investitionen in diesen Bereichen und eine Aufstockung des Personals im Bereich der behördlichen Kinder- und Jugendhilfe sind daher unumgänglich.

Der obds ruft das Land Salzburg dazu auf, von den medial angekündigten Einsparungsplänen Abstand zu nehmen. Alle Personen, denen die Qualität und der Erhalt der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ein Anliegen sind werden ermutigt, die Petition der Gewerkschaft der Privatangestellten GPA Salzburg sowie von Betriebsrät*innen „Sparen an den Kindern ist sparen an der Menschlichkeit!“ zu unterzeichnen. <https://www.gpa.at/die-gpa/bundeslaender/salzburg/keine-einsparungen-in-der-kinder--und-jugendhilfe-salzburg->

Vorstand, Geschäftsführung und das Landesteam Salzburg des obds

Wien, am 25.02.2025